

## Zu meiner Biografie

Geboren wurde ich 1981 in Greifswald. Nach Abitur und Zivildienst ging ich 2002 nach Potsdam und studierte Verwaltungswissenschaft mit Schwerpunkt Internationale Institutionen. Nach zehn Jahren in Brandenburg lebe ich seit kurzem in Berlin, wo ich für die Rosa-Luxemburg-Stiftung als Bildungsreferent im Themenfeld Nachhaltigkeit und sozial-ökologischer Umbau arbeite. Politisch geprägt wurde ich vor allem durch die globalisierungskritische Bewegung, zwei längere Arbeitsaufenthalte in Afrika, durch die Mitarbeit in den Gremien der Studierendenschaft in Potsdam und die Linksjugend [solid]. Ich bin ledig und kinderlos, Mitglied der LINKEN, bei ver.di, im NABU, in einem kleinen Jugendbildungsträger und der Genossenschaft TLG FAIRWOHNEN.

Meine inhaltlichen Schwerpunkte sind die Klima- und Energiepolitik, der Kampf gegen Neonazismus und Rassismus sowie die Auseinandersetzung um die Verteilung der Krisenkosten. Vor vier Jahren habe ich schon einmal im Wahlkreis kandidiert. An den Gründen hat sich seither wenig geändert: Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land.

## Liebe Bürgerinnen und Bürger,

jedes Gemeinwesen muss täglich grundlegende Fragen aufs Neue beantworten: Wie wollen wir morgen leben? Was schafft Gerechtigkeit für alle? Wie lösen wir gemeinsam die enormen Herausforderungen unserer Zeit, ohne dabei die eigenen Lebensgrundlagen zu zerstören? Wahlen sind sicher nicht der einzige Schlüssel zum notwendigen Umbau der Gesellschaft. Trotzdem hilft es auch nichts, nicht wählen zu gehen: Nur wer mit seiner Stimme für eine starke Opposition im nächsten Bundestag sorgt, darf nachher auch über eine schlechte Regierung jammern. Bitte gehen Sie wählen – am besten DIE LINKE.

DIE LINKE. Dahme-Spreewald  
Erich Kästner Straße 12  
15711 Königs Wusterhausen  
Telefon: 03375-29 36 21  
Telefax: 03375-29 36 22  
E-Mail: steffen.kuehne@dielinke-brandenburg.de



# Steffen Kühne

Unzufriedenheit allein genügt nicht.

**DIE LINKE.**

# Mindestlohn jetzt

Der Druck auf die Beschäftigten, niedrige Löhne und Überstunden zu akzeptieren, wächst beständig. Als Ergebnis der Dumping-Konkurrenz durch Leiharbeit, Werkverträge und Niedriglohn sind die Reallöhne zwischen 2000 und 2011 um fünf Prozent gesunken. Menschen müssen von ihrer Erwerbsarbeit leben können, Zeit und Ruhe haben, sich zu erholen, das Leben mit der Familie zu pflegen, Hobbys und Interessen nachzugehen. DIE LINKE fordert ein Verbot der Leiharbeit und bis es soweit ist, gleiche Bezahlung für Leiharbeitende und die Beschäftigten der Stammebelegschaft. Vor allem braucht es die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 10 Euro. Die Einkommen von fast acht Millionen Beschäftigten würden dadurch direkt steigen. Der Mindestlohn sollte jährlich ansteigen und mindestens die Produktivitäts- und Preisentwicklung berücksichtigen. Bis zum Ende der Wahlperiode sollte er an der Marke „60 Prozent des nationalen Durchschnittslohnes“ ausgerichtet werden. Das sind derzeit 12 Euro.

# Endlich umverteilen

Soziale Gerechtigkeit und wachsende Ungleichheit sind unvereinbar. Wenige sammeln immer größeren Reichtum in ihren Händen, die Steuersenkungspolitik unterstützt sie dabei nach Kräften. Andere werden arm, weil sie alt sind, erwerbslos oder behindert, weil sie chronisch krank wurden oder arme Eltern haben. Gleichzeitig bluten die öffentlichen Kassen aus und der Sozialstaat wird weiter eingestampft.

Kinder, die morgens mit hungrigem Magen zur Schule gehen, sind keine Erscheinung, an die wir uns gewöhnen dürfen. Wer Armut und die Enteignung der Bevölkerung bekämpfen will, muss Reichtum begrenzen und umverteilen. Millionen- und Milliardeneinkommen sowie Kapitalvermögen müssen deswegen couragiert besteuert werden und endlich angemessen zur Finanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge beitragen. Der Bedarf an Investitionen in Bildung, Kinderbetreuung, Pflege, Gesundheit und bezahlbaren Wohnraum ist immens. Hierdurch würde die Teilhabe aller gesichert und so die Demokratie im Land gestärkt.

# Faire Energiewende

Eine Zukunft ohne Atomkraft, Kohle und Öl ist inzwischen nicht nur denkbar, sondern wird jeden Tag konkreter. Die Politik der Regierung bleibt im Kern jedoch weiterhin an den Profitinteressen der fossilen Energie- und Industriezweige orientiert und behindert die vollständige Versorgung mit Strom, Wärme und Mobilität aus erneuerbaren Quellen. Der Umbau des Energiesystems kann nur gerecht sein, wenn er auch sozial ist und die Ärmsten nicht abkoppelt. Wer den großen Stromversorgern gestattet, die Kosten der Energiewende einseitig auf die Schultern der Verbraucherinnen und Verbraucher abzuladen, ist Teil des Problems.

Energie ist ein Gemeingut und muss gesellschaftlicher Kontrolle unterstehen. Es reicht deshalb nicht, die regenerative Erzeugung einfach auszubauen, gleichzeitig müssen zentralistische und undemokratische Konzernstrukturen aufgebrochen werden. DIE LINKE macht sich stark für ein Verbot der unterirdischen Verpressung von Kohlendioxid (CCS) und die Erdgasförderung mittels Verpressung giftiger Chemikalien in den Untergrund (Fracking).